

Sächsisch Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



erschint Werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Nr. 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21296, Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 2 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 R., unter Eingehalt 5 R. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Rechnungsblätter der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanken auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Dornes in Dresden.

Nr. 171

Dienstag, 26. Juli

1921

Sachsen und die Getreideumlage.

(W. M.) Nach dem vom Reichstag beschlossenen Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide sind im neuen Erntejahr im ganzen Reich 2,5 Mill. Tonnen Getreide (Vollgetreide, Gerste und Hafer) durch Umlage aufzubringen. Einem jeden ha 2,5 Doppelcentner Getreide. Die Umlage ist nicht die Fläche zur Grundlage, sondern geht von der Ertragsfähigkeit des Bodens aus. Die Umlage haben die Länder demnach auf ihren Anbau nach dem Ernteertrag im Durchschnitt der Jahre 1906/1920 zu leisten. Dadurch kommt Sachsen, das nach Schumann, Lippe und Braunschweig im ganzen Reich die höchsten Durchschnittserträge — 20,4 dt — aufzuweisen hat (Preußen nur 17,6, Bayern 16,9, Württemberg 16,1 dt), ziemlich schlecht weg. Für Sachsen will weiterhin die Art und Weise, wie die Umlage verteilt worden ist, recht ungünstig. Am nämlich den Unterchieden in der Leistungsfähigkeit, die sich aus Kleinbau und Deputationserträgen ergeben, Rechnung zu tragen, wird nach dem Gesetz das Gesamtanforderungssoll (2,5 Mill. t) vom Reich für jeden Selbstversorger nach dem Betrag von 144 kg und um die die gegenwärtigen Selbstversorgerleistungen übersteigenden Deputationserträge erhöht. In einzelnen Ländern wieder wird je nach der Zahl ihrer Selbstversorger und den geleisteten Deputationserträgen der entsprechende Betrag von ihrem Anbau abgezogen. Länder, die wenig Selbstversorger und Deputationserträge haben, kommen dadurch in Nachteil gegenüber Ländern mit viel Selbstversorger und Deputationserträgen, insbesondere Sachsen, wo durchschnittlich nur jeder zweite Mann Selbstversorger ist, während 1,5 in Bayern jeder dritte Mann. In der Zukunft seiner Landwirtschaft Sachsen nicht so ungünstig in der Umlage zu stellen, hatte Sachsen mit Erfolg im Reichstag den Standpunkt vertreten, daß höchstens der Selbstversorgerbedarf, und zwar nur mit 86 kg pro Kopf, bei der Umlage berücksichtigt werden solle, daß aber von jeder weiteren Verfeinerung der Umlage abgesehen werden solle. Der Reichstag hatte diesem Antrag zugestimmt; aber hat aber der Reichstag nicht nur die Deputationserträge neu eingestuft, sondern auch die die Selbstversorgerernte auf 144 kg erhöht.

Die Folge von dem ist, daß, während die Durchschnittsernte im Reich 2,5 dt auf den ha beträgt, Sachsen 3,82 dt je ha abzuliefern hat. Die Unterberechtigung in Sachsen ist also gleichfalls nur nach den Grundflächen zu messen, wie sie das Reich für die Länder anordnet. Die Umlage ist also nicht nach der Endauslage auf die Kommunalverbände zu verteilen, sondern nach dem Anteil der Kommunalverbände an dem Durchschnittsertrag Sachsen in den Jahren 1906/1920. Bei diesem Umlageverfahren sind die besonderen Verhältnisse einzelner Kommunalverbände am besten berücksichtigt. Kommunalverbände in guter Bodelage werden daher über den Landesdurchschnitt (144 dt) kommen, während andere mit schlechter Bodenbeschaffenheit weniger abzuliefern haben werden. Eine entsprechende Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse wird bei der weiteren Umlage auf die Gemeinden und einzelnen Erzeuger stattfinden.

Bevorstehende Reise Marschall Fochs nach Warschau.

Paris, 24. Juli. „Chicago Tribune“ teilt mit, daß Marschall Foch gestern die Einladung der polnischen Regierung angenommen habe, Ende August oder Anfang September Warschau zu besuchen.

Die griechisch-türkischen Kämpfe.

Paris, 24. Juli. Davos meldet aus Angora: Bei Anlagach sei eine erbitterte Schlacht geliefert worden, die zugunsten der Türken endete. Die Griechen hätten viele Gefangene, acht Geschütze, mehrere Maschinengewehre, sowie viel Munition und Kriegsmaterial verloren.

Die Frage neuer Truppenwendungen nach Oberschlesien

Deutsche Ablehnung.

Berlin, 24. Juli. Der französische Botschafter hat bei seinem gestrigen Besuche den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rosen gefragt, ob die deutsche Regierung erklären wolle, daß sie bereit sei, die nötigen Vorkehrungen für den Transport einer französischen Division zu treffen, welche die französische Regierung nach Oberschlesien zu senden beabsichtigt. Der Reichsminister des Auswärtigen hat dem französischen Botschafter die nachstehende Antwort erteilt: „Der Botschafter! Bei unserem heutigen Gespräch haben Sie mir mitgeteilt, daß die französische Regierung entziffert sei, eine Division Militärtruppen nach Deutschland nach Oberschlesien zu schicken, und haben hieran die Anfrage gestellt, ob die deutsche Regierung bereit sei, die nötigen Vorkehrungen für den Transport dieser Truppen durch Deutschland zu treffen.“

Nach Rücksprache mit dem Hrn. Reichskanzler Wirth beche ich mich, hiermit mitzuteilen, daß die deutsche Regierung bereit ist, bezüglich der Transporte von Truppen der alliierten und assoziierten Mächte den Bestimmungen des Versailleser Vertrages in jeder Weise nachzukommen. Inwiefern kann nach ihrer Auffassung ein Versuch um Beförderung von Truppen nach Oberschlesien nicht von einer der drei Mächte im eigenen Namen, sondern nur im Namen der Gesamtheit der drei Mächte, welche die Besetzung Oberschlesiens ausführen, gestellt werden. Ich darf ev. Ergänzungen daher um geringste Mitteilung darüber bitten, ob das Erfahren in diesem Falle im Namen der drei Alliiertenmächte gestellt ist. Genehmigen Sie etc.“

Französische Pressstimmen zur Haltung Deutschlands.

Paris, 24. Juli. Der „Temps“ bespricht die Verhandlungen, die mit der englischen und deutschen Regierung in der oberschlesischen Frage gepflogen wurden. Deutschland erkläre, daß der Selbstschutz in einem Gebiet wirke, das seiner Verwaltung entzogen sei, habe aber gleichzeitig dem französischen Botschafter erklärt, es weigere sich, eine französische Verhaftungsdivision zu befördern. Die deutsche Regierung verbinde aber verzögere eine Maßnahme zur Sicherung der französischen Truppen in Oberschlesien, verperrte also den Gendarmen den Weg. Sie sei von heute ab für alles verantwortlich, was den Franzosen in Oberschlesien zustößen könne. „Zeit Journal“ betont den schlechten Willen der deutschen Note und ihren unverschämten Ton. Es sei ein psychologischer Irrtum, auf einen Streit zwischen Paris und London zu spekulieren.

Britische Stimmen.

London, 24. Juli. „Daily Chronicle“ schreibt im Leitartikel: Bis jetzt ist keine Entscheidung bezüglich der Zusammenkunft des Obersten Rates getroffen worden. Inzwischen hat Deutschland die französische Note beantwortet

Französischer Kriegsverbrecher.

Paris, 25. Juli. In der „Humanité“ erhebt Henry Barbusse gegen den Hauptmann Natis vom 134. Infanterieregiment die Forderung, daß er bei Fleury 180 deutsche Kriegsgefangene nach Beendigung des Kampfes habe niedermetzen lassen. Als das Bataillon zurückkam, habe sich der Oberst des Regiments über die geringe Zahl von 20 Gefangenen gewundert. Natis erklärte, die anderen seien unten im Schützengraben geblieben. Nach dem Kriege habe sich der zum Major beförderte Hauptmann dieser Tat gerühmt.

Gerhart Hauptmann zu Gottlob Hilferich.

Berlin, 24. Juli. Auf den Dillertus Magazin Heft 6 hat Gerhart Hauptmann in einem längeren

und erklärt, daß das Recht der Durchführung von Truppen nur zugehört werden könne, wenn ein allgemeines Verlangen der Hauptmächte vorliege, die mit der Ausführung der Obererschlesien betreffenden Bestimmungen des Versailleser Vertrages betraut sind. Diese Behauptung, so behauptet es ist, daß sie von Deutschland vorgebracht wird, erscheint aus juristischen Gründen korrekt. Weder Großbritannien noch Italien sind bereit, mehr Truppen nach Oberschlesien zu senden. Ebenjowenig haben beide, wie wir glauben, den besonderen Wunsch, daß Frankreich es tue. Aber in dieser Beziehung sind ihre Ermüdungen nicht grundlos. Wir glauben, daß sie berechtigt werden würden, wenn Frankreich sich bereit zeigte, vernünftige Zugeständnisse an die Anstrengungen seiner Verbündeten zu machen und die Zusammenkunft des Obersten Rates zu beschleunigen. Wir sind nicht geneigt zu glauben, daß tatsächlich, wie die Berichte besagen, ein französisch-polnisches Geheimabkommen abgeschlossen worden ist. Aber wir sind sicher, daß die Verwirrung, wenn der Oberste Rat nicht binnen kurzen zusammentritt, immer größer und vielleicht der Entente einen lebensgefährlichen Schlag verfehlen wird.

Wird England nachgeben?

Paris, 25. Juli. Wie der „Zeit Parisien“ mitteilt, hat die französische Regierung gestern vormittag dem französischen Botschafter in London neue Weisungen erteilt. Zweimal im Laufe des Tages hat der Generalsekretär Philippe Berthelet den Besuch des englischen Geschäftsträgers Herbert Campbell empfangen. Das Blatt glaubt, daß beide Male über die nach Oberschlesien zu sendenden Verhaftungen gesprochen wurde, da die Frage durch die deutsche Note eine neue Wendung genommen hat. Der französische Botschafter wurde jedenfalls nochmals darauf hingewiesen, die englische Regierung möge die Zustimmung zur Entsendung von Verhaftungen geben, damit der deutschen Regierung bewiesen werde, daß entgegen dem, was sie glaube, die Verbündeten immer noch einig seien. Es sei auch nicht zweifelhaft, daß im Laufe der Unterredung zwischen dem englischen Geschäftsträger und Berthelet der Versuch gemacht wurde, durch gegenseitige Zugeständnisse die Grundlage für eine Verständigung zu finden.

Neue Mitteilung Englands an Frankreich.

London, 25. Juli. Der parlamentarische Korrespondent des „Daily Express“ will erfahren haben, daß eine neue Mitteilung der britischen Regierung an Frankreich bezüglich Oberschlesiens unterwegs sei. Die englische Regierung bleibe bei ihrem ursprünglichen Standpunkte und werde vorschlagen, in der nächsten Woche eine Zusammenkunft des Obersten Rates abzuhalten. Lloyd George sei bereit, nach Paris zu kommen. Die englische Regierung sei der Ansicht, daß Briand die Gefahr in Oberschlesien überschätze. Sollten aber Frankreichs Besorgnisse begründet sein, dann sei die englische Regierung dafür, daß die Gefahr am besten durch eine gemeinsame Aktion im Obersten Rate beseitigt werden würde.

ten Telegramm geantwortet, in dem es nach der „Berliner Montagpost“ heißt: Die ganze zivilisierte Welt hat Ihnen ersütternden Mut nicht nur mit den Ohren, sondern auch mit dem Herzen vernommen. Sie wird ihn nicht ohne Antwort lassen. Je mehr zu tun sie imstande ist, je besser es ihr gelingt, Hunger und Krankheit zu bekämpfen, um so tiefer wird sie die Menschheit entziffern. Was aber das schwer geprüfte, doch allezeit hilfsbereite deutsche Volk betrifft, so ist es schon heute durch den Ruf aus dem Osten tief erregt und bewegt. Ich kann getrost sagen, daß Volk und Reichsregierung in dem innigen Wunsch einig sind, nach bestem Vermögen tatkräftige Hilfe zu leisten.

Gebt für das Ober-schlesierhilfswerk!

Griechen und Türken.

Die große Griechen-Offensive, die am 24. Mai d. J. angekündigt, aber immer wieder abgefragt war, hat nun endlich zu entscheidenden Schlägen geführt. Es besteht kein Zweifel mehr, daß der wichtige Stützpunkt der Kemalisten, die Stadt Gölük in der Nacht vom 19. auf den 20. Juli von den Griechen genommen worden ist. Voran ging eine Schlacht bei Kutahia, wobei die Türken nicht, wie das Heiterbureau überreicht, 30 000 Mann verloren haben, sondern sich sehr geschickt mit einer solchen Truppenzahl zurückgezogen haben. Durch den Erfolg bei Gölük ist die Scharte wieder ausgewagt, welche die griechische Heeresmacht vor drei Monaten an derselben Stelle erlitt. König Konstantin, der bisher in Cordoba, einem Villenort von Smyrna, weilte, und eifrig Vorarbeit leistete, hat sich mit seinem Generalstab nach Uşak (südwestlich von Kutahia und Gölük) begeben. Auch an der Nordfront hatten die Griechen Glück. Ihre Hauptgruppe hat die anatolische Bahnlinie besetzt. König Konstantin hat seinen alten Kriegsrat erneuert, indem er für England die türkischen Schanzen aus dem Feuer holte. Die Schale des Vizekönigs, der bereits wieder bei der englischen Regierung gegen Konstantin arbeitete, schneit in die Höhe. Tatsächlich ist die griechische Offensive diesmal etwas anderes. Sie ist sorgfältiger vorbereitet. England hat ja seine Hand im Spiele, um Blockade und heimlichen Unterstützungen. Die Offensive atmet in Vorbereitung, Anlage und Durchführung, soweit sie bisher erlernen lag, geschickte, höhere Führung. Man hat diesmal nicht zuerst angegriffen, sondern erst den türkischen Angriff abgewartet, hat sich die Initiative durch geschicktes Ausweichen bewahrt, hat an einer für die Türken entscheidenden Stelle am Ranzammeer deren Hauptkräfte gefesselt und ist dann selbst an anderer Stelle zum entscheidenden Gegenangriff mit starken Kräften übergegangen. Man hat also aus der bisher von den Türken mit so viel Geschick angewandten Taktik gelernt. Es liegt zweifellos ein neuer Geist, ein neuer Schwung in der griechischen Führung, seit König Konstantin an der anatolischen Front persönlich führt, und hierin von seinem tüchtigen, aus dem Balkankriege bekannten Generalstabschef General Tsamancos unterstützt wird. Das zeigte sich bereits vom ersten Augenblick an, wo dieser für Griechenland hochberedete, aber seiner Deutschfreundlichkeit wegen bei den Verbündeten gehäße General nach den letzten Niederlagen im Frühjahr an die Spitze des griechischen Generalstabes trat, und seinen Befinnungsgegenossen, den früheren griechischen Militärlieutenants in Berlin, General Strategos, an die kleinasiatische Front entsandte. Die erste Maßnahme dieser beiden Männer war, trotzdem die Türken bereits dicht vor Uşak, dem entscheidenden Punkt an der Smyrnafront, standen, ein inhumanes weites Zurückweichen der griechischen Linien, eine Umgruppierung und im Zusammenhang damit eine Verfrachtung der griechischen kleinasiatischen Armee, die das militärische Gleichgewicht in Kleinasien wieder herstellte. Die türkische Offensive lief sich sehr, sie kam vor dem Loren Smyrna zum Stehen, ohne trotz ihrer Erfolge bei Gölük und Ankarahisar die Entscheidung durch Vernichtung des griechischen Heeres gebracht zu haben. Nun hat sich das Blatt gewendet, und die Reihe ist an den Türken, sich schleunigst an der ganzen Front zurückzuziehen, um nicht im Norden abge schnitten zu werden. Die Angora ist ja noch weit, und es ist sehr die Frage, ob die Griechen in ihrem neuen Tempo unaufhaltsam vordringen können. Die Regierung von Angora weigert sich jedenfalls, mit England in Verbindung zu treten, weil sie die Gewissheit zu haben glaubt, daß die griechische Offensive von England unterstützt wird. Die Abgeordneten der griechischen Nationalversammlung sind hinsichtlich des Krieges in drei